

**60 Jahre Landsmannschaft Ost- und Westpreußen,
Kreisgruppe Essen
Vortrag von Hubert Maessen
im Pfarrzentrum „St. Elisabeth“, 45144 Essen,
4. März 2012**

Es gilt das gesprochene Wort

60 Jahre Landsmannschaft Gemeinsam gegen das Vergessen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Kehren,
sehr verehrte Damen und Herren!

Die englische Königin feiert ihren Geburtstag traditionell
später im Jahr, wenn das Wetter schöner zu sein verspricht.
Anscheinend halten Sie es ähnlich.

Vor 60 Jahren im Kammermusiksaal des Städtischen Saalbaus
von Essen gegründet, am 18. Januar 1952, feiern Sie dieses
stolze Jubiläum heute – am 4. März. Im Frühling also, den die
Fachleute ja neuerdings mit dem 1. März beginnen lassen.

Und ich muss Ihnen sagen, das hat ja auch etwas
Symbolisches. Mit 60 auf den Frühling zu setzen, das zeugt
von Zuversicht, von Mut zur Zukunft. So soll es sein, so ist es
richtig.

Nun, der 18. Januar, der Gründungstag, der ist für Ihre
Landsmannschaft auch aus einem anderen historischen
Grunde von großer Bedeutung. Das wissen Sie natürlich:
Kurfürst Friedrich III. krönte sich am 18. Januar 1701 in
Königsberg zum König in Preußen. Damit wurde also Preußen
zum Königreich erhoben.

Ihr vorläufiger Vorstand damals hatte dieses für die preußische Geschichte bedeutsame Datum ganz bewusst gewählt, um damit die Verbundenheit zur Heimat Ostpreußen und ihrer Hauptstadt Königsberg zu bekunden.

Die Rückschau – 1952

Schauen wir auf das Jahr 1952 zurück, prüfen wir unsere Erinnerung.

Am selben Tag vor 60 Jahren unternahmen auch andere etwas, um Geschichte in ihrem Sinne zu bewahren. Es gab die Gründung des "Museums für Deutsche Geschichte" im ehemaligen Zeughaus in Ost-Berlin.

Der Wiederaufbau setzte Zeichen im Westen. Am 2. Februar 1952 verzeichnen wir die Wiedereröffnung der Dortmunder Westfalahallen, immerhin des größten Sport- und Veranstaltungszentrums Europas.

Am 6. Februar 1952 billigt der Bundestag das Wahlgesetz für eine verfassunggebende gesamtdeutsche Nationalversammlung. Die hat es, wie wir wissen, nie gegeben.

Am 1. März wird die Insel Helgoland zurückgegeben und kommt wieder unter deutsche Verwaltung.

10. März 1952: In der ersten sogenannten Stalin-Note schlägt der sowjetische Partei- und Regierungschef Josef Stalin den drei Westmächten vor, einen Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung unter folgenden Bedingungen abzuschließen: Wiedervereinigung in den Grenzen, wie sie die Potsdamer Konferenz festgelegt habe. Neutralisierung Deutschlands nach Abzug aller ausländischen Truppen. Aufbau nationaler Streitkräfte zur Landesverteidigung. Verbot

antidemokratischer Organisationen und Garantie demokratischer Rechte und Parteien.

14 Tage später, am 25. März, lehnen die Westmächte die in der „Stalin-Note“ geforderten Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit ausdrücklicher Billigung Bundeskanzler Adenauers ab, solange keine freien gesamtdeutschen Wahlen stattgefunden haben.

Wussten Sie übrigens, dass Ihre Kreisgruppe älter ist als das Land Baden-Württemberg? Das gibt es erst seit dem 25. April 1952.

2. Mai 1952: Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer einigen sich auf das Deutschlandlied als Nationalhymne. Bei staatlichen Anlässen soll künftig die dritte Strophe gesungen werden.

13. Mai 1952: Ablehnende Antwort der Westmächte auf eine zweite „Stalin-Note“ vom 9. April: Die drei Westmächte bestehen darauf, dass ein Friedensvertrag erst dann abgeschlossen werden könne, wenn eine gesamtdeutsche Regierung aufgrund kontrollierter freier Wahlen entstanden und sie vor und nach der Friedensregelung frei sei, über Koalitions-, Integrations- und Grenzfragen zu entscheiden.

Die deutsche Teilung geht voran. Am 26. Mai 1952 beschließt der Ministerrat der DDR die Errichtung einer 5 km breiten Sperrzone entlang der Demarkationslinie zur Bundesrepublik.

24. Juni 1952 haben wir ein pressegeschichtlich bedeutsames Datum: Die erste Ausgabe der Bild-Zeitung des Verlegers

Axel Springer erscheint in einer Auflage von 250.000 Exemplaren. Heute sind es Millionen.

1. September 1952: Das Gesetz über den Lastenausgleich in der Bundesrepublik tritt in Kraft. Darin werden Sonderleistungen für Kriegsbeschädigte, Heimatvertriebene und Flüchtlinge geregelt.

4. November 1952: Der Republikaner Dwight D. Eisenhower wird zum neuen Präsidenten der USA gewählt.

Am 29./30. November 1952, das war ein Wochenende, wurde die „Gesamtdeutsche Volkspartei“ (GVP) durch Gustav Heinemann und Helene Wessel gegründet. Die GVP tritt für ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland ein.

Am 10. Dezember 1952 werden in Stockholm und Oslo die Nobelpreise übergeben. Der deutsche Theologe und Missionsarzt Albert Schweitzer erhält den Friedensnobelpreis. Ein Vorbild für Generationen. Damals. Wie viele junge Leute wissen heute noch von ihm?

Die Diktatur, unter der die Deutschen in der Sowjetischen Besatzungszone leben, in der sogenannten DDR, die wird immer kenntlicher: Am 15. Dezember 1952 wird in der DDR die Reisefreiheit von Einzelpersonen auf einen Umkreis von 100 km beschränkt.

In der Bundesrepublik geht es am selben Tag auf deutlich andere Weise voran: bundesweit werden die Notrufnummern 110 für die Polizei und 112 für die Feuerwehr eingeführt.

Und zum Schluss noch ein paar Mediendaten, das werden Sie mir sicher gern gestatten: Am 25. Dezember 1952 nimmt der Nordwestdeutsche Rundfunk, also Hamburg und Köln, mit einem zweistündigen Fernsehprogramm den regelmäßigen Sendebetrieb auf. Schon einen Tag später, am 2. Weihnachtstag, wird die erste „Tagesschau“ im Fernsehen ausgestrahlt. Und, ein letztes Datum, der 18. Januar, aber 1954: Programmstart des Westdeutschen Rundfunks (WDR) mit Sitz in Köln.

Die Charta - Vertriebene sammeln sich

Soweit also der Rückblick. Damals, vor 60 Jahren, war es die Zeit, in der sich die Vertriebenen sammelten, und zwar in der doppelten Bedeutung des Wortes. Sie sammelten sich nach dem Schock der Vertreibung, sie verarbeiteten das traumatische Erlebnis, und sie ver-sammelten sich in der Neuen Heimat, wo sie Fuß fassten, ohne die alte Heimat verloren zu geben.

60 Jahre. Damals liegt die Charta der Vertriebenen auf dem Tisch der Weltgeschichte. Die deutschen Vertriebenen organisieren sich, zwischen 12 und 15 Millionen Menschen, eine Menschenzahl größer als die der Einwohner vieler Staaten auf der Welt.

„Diese Charta gehört zu den großen Manifestationen Europas“, und das ist keine Beschreibung der Vertriebenen selber, sondern das ist die Formulierung, die der Bundesrat gewählt hat in einer EntschlieÙung im Jahre 2003.

- 1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.*
- 2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.*
- 3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.*

Es ist immer wieder betont worden, wie großartig es doch sei, dass die Vertriebenen auf „Rache und Vergeltung“ ausdrücklich verzichtet hätten. Aber hatten sie denn jemals eine andere Option, als mit großen Worten klein beizugeben? Deutschland lag am Boden, geradezu vernichtend geschlagen, war von den Siegern besetzt und beherrscht. Die Sowjets waren hoch gerüstet und entschlossen, in ihrem Machtbereich mit eiserner Faust zu unterdrücken und die Eroberung abzusichern – unter Drohung sogar mit Atomkrieg.

Was dieses nukleare Damoklesschwert über Jahrzehnte bedeutet hat, das wissen nur noch die Alten. Heute schaltet man aus Angst zivile Atomkraftwerke in Deutschland ab. Wie viel größer muss die reale nukleare Furcht seit dem Kriegsende bis in die 70er Jahre des jetzt schon „vorigen“ Jahrhunderts gewesen sein!

Umstritten unter den Vertriebenen ist bis heute, ob man mit der Charta nicht schon das Aufgeben, den Verzicht signalisiert hat. Aber nur so schuf man natürlich eine Basis für das Wirken von Vertriebenen, ihrer Verbände und Landsmannschaften. Hätten sie damals Rache und Vergeltung gepredigt, so wie die Palästinenser das auch unter Führung eines Friedensnobelpreisträger gemacht haben, dann wären sie verboten worden und wir wären hier und heute nicht zusammen.

Wurde der deutsche Osten verloren?

Hat man den Vertriebenen ihren Realismus, ihre erklärte Friedfertigkeit, ihr Zurückstellen Deutschlands hinter Europa mit dieser „großen europäischen Manifestation“ wirklich gedankt? Hat man sich ihre Angelegenheit, hat man sich die Charta in der Politik zu Eigen gemacht, jedenfalls da, wo Deutsche in Freiheit Politik machen konnten? Haben die Vertriebenen es geschafft, das Unrecht der Vertreibung abzustellen und zu heilen?

Nein, das haben sie nicht. Man darf sich nichts vormachen. Der deutsche Osten ist als deutsche Heimat so wie früher, wie angestammt, verloren. Die alte Heimat kann besichtigt werden, aber man kann sie nicht zurückgewinnen, erst recht nicht so wie sie war. Auch nicht durch Entschädigung, auch nicht per Gerichtsbeschluss, Es gibt keine Instanz, die den Vertriebenen das Recht gibt – und wenn man ehrlich ist, dann hat es sie auch nie gegeben.

Sehen wir das nüchtern, so wie es die Rückschau heute möglich macht. Die Vertriebenenpolitik, das war Eingliederung der Menschen in der neuen Heimat, mehr nicht. Aber das war nicht wenig, da darf man nicht ungerecht sein – nur war es nicht genug. Alles, was über das „unveräußerliche Recht auf Heimat“ in feierlichen Reden von der Politik gesagt wurde, war vielfach nichts als Deklamation, eine Schaumschlägerei, um den Vertriebenen zu schmeicheln, um Wohlverhalten zu sichern und sie an Wahltagen bei der Stange zu halten.

Was hat Europa getan und gebracht?

Und dann war da noch das Ziel der Versöhnung, das geeinte Europa. Hat das funktioniert? Ja und Nein.

Ja, weil die Kriegsbeile begraben wurden, weil die Völker und Volksgruppen sich frei begegnen können. Vielfach zusammenarbeiten. Der Frieden hier ist so sicher wie eigentlich noch nie.

Aber auch: Nein. Das sehen wir ja jeden Tag. Europa ist labil. Mit Geld aus der Notenpresse der Europäischen Zentralbank wird es derzeit zusammengehalten. Ob es auseinander bricht? Möglich ist das.

Um die Vertriebenen und ihr Recht hat sich Europa, die Europäische Union nicht gekümmert. Es hat sie beiseite geschoben, um den europäischen Prozess nicht zu stören. Und das mit Duldung, ja mit ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Regierungen, auch der CDU/CSU. Werfen Sie also den europäischen Partnern nicht etwas vor, was die eigenen deutsche Regierung nicht anders gemacht haben und in Wahrheit auch gar nicht anders wollten.

Was ist mit Versöhnung? Mit Russland?

Nach der Vertreibung der Deutschen hat es bis heute keine echte Versöhnung gegeben. Das heißt: Keine feierliche, keine erklärte, keine einverständliche, gemeinsame Versöhnung. Viele kleine Abkommen und Gesten und Reden, das ja – mehr war bis heute nicht drin. Und gestört immer wieder, bis in die jüngste Zeit, von grotesken Anfeindungen der Vertriebenen, von vielen kleinen und großen Bösarbeiten.

Viele Vertriebene haben über die offenen Grenzen (und die offenen Fragen!) Freundschaften geschlossen, kümmern sich um die Pflege der verlorenen Heimat. Zumal mit Russland gibt es kaum Probleme. Warum? Nun, zu Zeiten der Sowjetunion riskierte man lieber nichts (und Putins Russland ist in punkto Macht und Chauvinismus so anders ja auch nicht). Über Schlesien traute man sich zu reden, über Königsberg besser nicht. Zu mächtig und zu gefährlich waren die roten Zaren.

Verzicht wurde belohnt: Adenauer holte die Kriegsgefangenen heim, Kohl die DDR, deutsche Kanzler und lupenreine russische Demokraten fahren friedlich Schlitten miteinander, und sprechen als Kanzlerin dieselbe Sprache; keine Probleme hat die Bundesrepublik mit Tschechen und Slowaken, mit Ungarn und Rumänen und anderen, wo Deutsche Heimat hatten. Seit die Kommunisten weg sind und die Rote Armee, gibt es nur noch wenig Grund für Nachbarschaftsärger. Die Deutschen vermeiden ihn nach Kräften und halten als gute Christen die andere Wange auch noch hin.

Keine Versöhnung im eigenen Land

Unversöhnt sind vor allem die Deutschen mit ihren Vertriebenen, also mit sich selbst. Die Feierstunden und Pfingsttreffen der gestanzten Sonntagsreden, die Dreigeteilt-Niemals-Gedenksteine, all das war oder wurde schnell potemkinsche Politik. Zwar schrieben auch SPD-Politiker wie Willy Brandt dem Wahlvolk der Vertriebenen ins Stammbuch "Verzicht ist Verrat", aber das ging leicht, weil Konsequenzen nicht zu befürchten waren.

Die atomare Grenzsicherung durch die russischen Eroberer war ein zuverlässiger Schutz auch für die deutsche Politik; sie konnte bei Gelegenheit achselzuckend große Worte schwingen, ohne sie wirklich ernst zu meinen. Sterben für Danzig, kämpfen für Königsberg - daran war doch nach 1945 gar nicht zu denken. Das war keine politische Möglichkeit, keine Option – wie man heute sagt.

Hinter den Kulissen der feierlichen Worte, Trachten, Fahnen und Gesänge gingen die Vertriebenen den richtigen Deutschen, also den Bundesrepublikanern, schwer auf die Nerven. Sie waren nämlich fremde Störenfriede. Man muss sich ein Menschenalter danach einmal vorstellen, was die Vertreibung auch für die Westdeutschen bedeutet hat, für die an der Waterkant, in Westfalen, dem Rheinland und der Pfalz, in Baden, bei den Schwaben, in Oberbayern und überall diesseits der Elbe: In ein ausgebombtes hungerndes Land strömten mehr als 12 Millionen Menschen ohne Hab und Gut.

Ja, auf dem Papier und in den offiziellen Reden, da waren das Landsleute und Brüder und Schwestern, aber die da aus der Kalten Heimat kamen, die waren in Wahrheit Ausländer. Wann war dem katholischen Bauern in Oberammergau denn schon mal ein pietistischer Ostpreuße leibhaftig begegnet, wann dem Schleswig-Holsteiner ein schlesischer Katholik? Jetzt kamen sie, wurden zwangseinquartiert, beanspruchten Platz, Versorgung und Teilhabe, sie siedelten in neuen Ortsteilen mit Danziger Straßen und Rübezahlwegen.

Diese anderen Deutschen aus der Ferne, die waren in einer Zeit ohne Fernsehen und sonstige mediale Omnipräsenzen so fremd wie ein Russe oder Türke, und das ließ man sie dann auch spüren, wenn der Vorhang zu war.

Erika Steinbach hat einmal von persönlicher Erfahrung berichtet: Man wurde als Zigeuner beschimpft, ein Bauer in Schleswig-Holstein sagte der um Milch fürs Kind bittenden Mutter: „Ihr seid ja schlimmer als die Kakerlaken!“

Auch politisch störten die Vertriebenen. Die perfide Propaganda der Kommunisten, die es ja tatsächlich gab, verfemte die Vertriebenen als Ewiggestrige, als Ostlandreiter, als brandgefährliche Kriegsgefahr. Das zeigte Wirkung, bis heute.

Das Recht auf Heimat? Nicht für Deutsche?

Die viel gelobte Charta, die Reden bei den Vertriebenen waren das eine. Das mit wieder entstehendem deutschen Selbstbewusstsein von den Verbänden und Landsmannschaften reklamierte Recht auf Heimat war das andere. Dass sie mit ihrem Beharren auf das Heimatrecht permanent östliches Sperrfeuer auslösten, nahm man im deutschen Westen den Menschen aus dem deutschen Osten zunehmend übel, zumal immer mehr geglaubt wurde, die Vertriebenen seien kriegerische Nazi-Eroberer gewesen, die von den unterdrückten Völkern zu Recht wieder rausgeschmissen worden seien. Für die Nazis büßen mussten die Vertriebenen, sie bezahlten den höchsten Preis. Indem sie schuldig blieben, konnte der Rest bequemer verdrängen, am Wirtschaftswunder und am Ost-West-Handel arbeiten.

Ewig beschämend ist und bleibt: Im sogenannten „Diskurs“ der westdeutschen Intelligenz waren die Vertriebenen und ihre Funktionäre Parias. Während man engagiert über die Menschenrechte all überall wachte, wurde deren Reklamierung durch die Vertriebenen skandalisiert. Während die Entdeckung der Roots, der afrikanischen Wurzeln, durch die schwarzen Amerikaner kulturell gefeiert wurde, fand man die Heimatpflege der Vertriebenen degoutant. Wofür man den Palästinensern europäisches und deutsches Geld zahlte, für ihre Eigenstaatlichkeit, für ihr Recht, das nahm den Vertriebenen übel.

Das Stichwort „Palästina“ verdient eine kurze Betonung. Es ist den Vertriebenen immer wieder auch vorgehalten worden, der Verzicht auf Rache und Vergeltung in ihrer Charta sei anmaßend und hohl, denn auf Rache und Vergeltung könne man gar nicht verzichten, weil die sowieso niemals ein Mittel der Politik sein könnten. Das ist natürlich Unsinn.

Die Geschichte zeigt, dass Rache und Vergeltung immer große Triebfedern waren und sind, der Nahe und Mittlere Osten ist davon geprägt, seit Jahrzehnten. Das Bekenntnis der deutschen Vertriebenen zu diesem Verzicht war damals, vor 60 Jahren, also eine wichtige Sache, war eine große Tat für Frieden und Versöhnung, und es ist schäbig, das lässig abzutun. Man vergesse nicht, dass es sich um fast 15 Millionen Vertriebene handelte. Das ist keine Kleinigkeit. Das ist fast doppelt so viel, wie man an Palästinensern in der arabischen Welt zählt.

Vertriebene haben den Frieden bewahrt

Gut ist natürlich, dass wir jetzt so lange Frieden haben, auch dafür darf man den Vertriebenen danken. Gut ist auch, dass im Europa, dessen Vision die Vertriebenen so früh formulierten, dass in diesem Europa die Grenzen immer weniger trennen, und die Vertriebenen ihre alte Heimat nun wenigstens besuchen und pflegen können. Das ist nicht das, was sie sich gewünscht haben, aber das ist viel mehr als man nach 1952 wirklich hoffen konnte. Daran haben die Vertriebenen großen Anteil. Darauf können Sie stolz sein. Europa schuldet Ihnen Dank.

60 Jahre. Eine lange Zeit. Eine Zeit, in der viel geschehen ist. Aber so lang nun auch wieder nicht: Für einen Menschen unserer Zeit sind 60 Jahre doch gar kein Thema. Da darf man noch nicht in Rente. Bis 67 soll man demnächst arbeiten, und das wird noch mehr werden, da kann man sicher sein. Also, mit 60 ist noch lange nicht Schluss, auch für Sie nicht, auch für die Vertriebenen nicht.

Stirbt die Heimat mit den Vertriebenen?

Andererseits: Die Menschen, die Flucht und Vertreibung am eigenen Leibe erfahren haben, die werden nach und nach weniger. Um das schockierende Wort zu gebrauchen: Sie sterben aus. Rechnen wir mal nach: Wer das Jahr 1945 wirklich bewusst erlebt hat, mit Schmerz und dem Bewusstsein von existentiellern Verlust und der tiefen Erinnerung daran, der war damals mindestens um die 15 Jahre alt, Jahrgang 1930 etwa. Das heißt: Die Jüngsten der sogenannten Erlebnisgeneration, der wirklichen Erlebnisgeneration, die sind jetzt in den 80ern, und es sind, wie wir wissen, vor allem die Frauen, die beste Chancen haben, auch die 90, ja auch die 100 zu erreichen. Meine Großtante wurde in voller Schönheit 104.

Aber vertrieben worden sind ja nicht nur einzelne Menschen. Vertrieben worden sind Familien, Sippen, Gemeinschaften, die Bevölkerung von Höfen und Weilern, von Dörfern und Städten; und zu denen gehörten natürlich alle, auch die aller kleinsten Kinder. Sie sind dessen beraubt worden, was man angestammte Heimat nennt. Familiengeschichte wurde brutal abgeschnitten. Deshalb sind auch die Nachkommen der Erlebnisgeneration Vertriebene. Ihnen ist gegen Völkerrecht und Menschenrecht ihre mit der Tradition und dem Heimatboden verbundene Zukunft genommen worden. Auch ihnen, und sogar ihren Nachkommen, ist Unrecht geschehen.

Nun höre ich schon, wie aus dem – sagen wir mal – eher linken Teil der Gesellschaft aufgestöhnt und geschimpft

wird: Ja, soll das denn nie aufhören! Können die gar keine Ruhe geben? Wollen die nun auch noch die Kinder und Kindeskindern als Vertriebene in Stellung bringen, eine Wunde offenhalten und schmerzen lassen, einen Streit mit Polen, Russen und anderen weiterführen? Das bringt doch nichts.

Kann man ja so sehen. Aber die Leute, die so über die Sache der deutschen Vertriebenen denken, die denken in anderen Fällen ganz anders, nämlich bei anderen Völkern oder Ethnien, bei seltenen und exotischen Tieren, bei kulturellem Erbe, bei verschwindender Natur.

Haben Eskimos mehr Rechte?

Wir können sicher sein, dass die politischen Gegner der deutschen Vertriebenen auf die Barrikaden gehen, wenn Eskimos aus ihrer Heimat gedrängt werden, oder Urwaldindianer. Solche Mitbürger beklagen den unwiederbringlichen Verlust von Kultur, den diese Menschen am Polarkreis oder im Regenwald erleiden – und mit ihnen die ganze Welt.

Wenn Arten vernichtet werden und aussterben, dann ist das Geschrei groß, und zwar zu recht. Wenn die ureigene Sprache von Minderheiten durch eine rigorose Mehrheit unterdrückt wird oder mit bedrängten Menschen ausstirbt und für immer verstummt, dann ist die Klage groß, dann wird ein Menschheitsverbrechen angeprangert bis in die Vereinten Nationen, bis zur UNESCO, zur Europäischen Kommission und zum amerikanischen Kongress.

Erhalt der Umwelt, Erhalt der Kultur, Erhalt der Heimat, Erhalt der Traditionen und Gebräuche, Nachhaltigkeit auch in diesen Bereichen, das ist ein großes Thema bei unseren Zeitgenossen, die sich für fortschrittlich und moralisch und gerecht halten. Wie gesagt: völlig zu recht, das kann man nur unterstützen. Ein Thema in Programmen und bei Parteitag der grünen Volkspartei, in den linksliberalen Feuilletons und in all den Zirkeln, die merkwürdigerweise gleichzeitig den Vertriebenen ablehnend bis ausgesprochen feindselig gegenüberstehen und die landsmannschaftlichen Treffen mit

Trachten und Mundart und Volksliedern geradezu angeekelt als reaktionär geißeln.

Wie kommt es, dass ihre Sorge den eigenen Landsleuten nicht gilt? Warum beklagt denn von den Freunden der unterdrückten und entrechteten Völker niemand, dass mit der Vertreibung eine über Jahrhunderte gewachsene Kultur zerstört wurde und immer noch wird? Und um Missverständnissen vorzubeugen: Es reicht ja nicht, die Bauten in Königsberg oder Danzig zu restaurieren, wenn man die Erbauer und Besitzer, wenn man das ursprüngliche Leben rausschmeißt und die Wurzeln rausreißt. Da sind doch die Fundamente weggerissen und zerstört worden, da werden die Bauten zu Kulissen.

Ist es unwichtig, dass die Sprachen der Ostdeutschen verschwinden? Wo hört man denn heute noch kräftig das wunderbare Ostpreußisch? Der Letzte, von dem man das öffentlich hörte, war nach meiner Erinnerung der SPD-Minister Herbert Ehrenberg. Minister für Arbeit und Sozialordnung war er bei Helmut Schmidt, bis 1982, Bundestagsabgeordneter noch bis 1990, jetzt ist er 85 und aus der Öffentlichkeit verschwunden. Mit ihm die Sprache, denn die ostdeutschen Idiome, die waren ja mehr als ein regionaler, ein lokaler „Dialekt“.

Wird die Kultur des Ostens vergessen?

Ja, die Vertriebenen haben sich bemüht, auch in der erzwungenen neuen Heimat ihre Kultur und Tradition zu pflegen, sie haben dabei auch mannigfaltige und über Jahre sogar namhafte Hilfe bekommen, das soll man nicht geringschätzen. Aber man hört, dass die Mittel allenthalben gekürzt werden, dass Heimatstuben beispielsweise auch finanziell gefährdet sind; die mögliche Zunahme grünroter oder rotgrüner Regierungen in Deutschland wird von den Vertriebenen mit Sorge gesehen.

Unberechtigt ist das nicht, und dafür dass es nicht unberechtigt ist, sollten sich Parteien wie die auch im deutschen Osten traditionsreiche SPD und eine Nachhaltigkeitspartei wie die Grünen schämen. Wenn sie die Vertriebenen verraten und wie Parias behandeln, dann ist ihr Engagement für bedrohte Völker und aussterbende Arten auch nur eine Exoten-Schau.

Ausgestorben sind die Vertriebenen nicht. Das wird auch nicht so bald geschehen, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass auch die Kinder die Tradition fortführen, auch die Tradition als Vertriebene. Und das tun viele. Und dazu müssen sie gar nicht organisiert sein.

Ein Blick auf die Zuwanderer, auf die Mitbürger mit „Migrationshintergrund“ ist interessant und hilfreich. Ihnen wird das Recht auf Bewahrung der angestammten Kultur ihrer Eltern und Familien selbstverständlich zugestanden, ja vom Ermöglichen der Scharia, der islamischen Rechtsprechung, hierzulande ist sogar die Rede. In zivilrechtlichen Fragen

berücksichtigen auch deutsche Gerichte die Kultur und Regeln der Heimatländer, beim Eherecht zum Beispiel, beim Familienrecht überhaupt. Islamischer Religionsunterricht soll erteilt werden und vieles andere mehr. Da gibt es vieles, worüber die Vertriebenen nur staunen können, nach alldem, was man ihnen angetan hat. Ja, das war eben der lange Arm Russlands, das war auch die politische Stiefelleckerei der Bundesrepublik, die aufs Geld guckte und sich die Geschäfte nicht stören lassen wollte.

Gibt es ein Erbe der Vertriebenen?

Ist das Hoffen auf Gerechtigkeit, auf Heilung des Unrechts in der Zukunft vergeblich? Auch für die Erben der Vertreibung?

Ich würde das nicht sagen. Man staunt doch immer wieder, welch langes Gedächtnis die Menschheit trotz dahinrasender Zeit hat.

Wer hätte denn vor Jahren gedacht, geglaubt, dass sich im Juni 2009 der Senat der USA förmlich für begangenes Unrecht in Sachen Rassendiskriminierung und Sklaverei entschuldigt. In der Erklärung hieß es, dass man im Namen des gesamten Kongresses die „fundamentale Ungerechtigkeit, die Grausamkeit, die Brutalität und die Unmenschlichkeit der Sklaverei“ anerkenne. Die Entschuldigung richtete sich ausdrücklich an die Afroamerikaner,

Ähnliche Anerkennung von Unrecht erfuhren die Indianer. Im Mai 2010 entschuldigte sich der republikanische Senator Sam Brownback aus Kansas im Namen des Kongresses für eine „fehlgeleitete Politik“ und für Gewaltakte gegen die Indianer durch die US-Regierung, sowie für Vernachlässigungen.

Oder Kanada, im August 2010. Da entschuldigt sich die kanadische Regierung dafür, dass Inuit in den 50er Jahren 1.200 km von ihren Heimatorten entfernt in den hohen Norden umgesiedelt wurden. Als Inuit werden die Volksgruppen der Eskimos bezeichnet, die im arktischen Zentral- und Nordostkanada leben.

Und Australien, im Februar 2008: Mit einer als historisch gewerteten Geste hat sich Australien bei den Ureinwohnern des Landes für die langjährige unwürdige und erniedrigende Behandlung entschuldigt. Das Parlament verabschiedete eine entsprechende Resolution. Der Ministerpräsident entschuldigte sich im Namen der Regierung gesondert bei den Ureinwohnern. „Es tut mir leid“, sagte er an die Aborigines gerichtet. „Wir entschuldigen uns für die Gesetze und die Politik der aufeinanderfolgenden Parlamente und Regierungen, die unseren australischen Mitbürgern großen Schmerz, Leid und Schaden zugefügt haben“, heißt es in der Erklärung an die Aborigines, in der das jahrzehntelange staatliche Unrecht gegen die Ureinwohner anerkannt wird. „Und für die Erniedrigung und Herabsetzung, die einem stolzen Volk und einer stolzen Kultur zugefügt wurden, sagen wir Entschuldigung.“

Ich will mit diesen Hinweisen nicht sagen, dass eine Entschuldigung das Allheilmittel wäre und damit alles wieder gut. Aber wäre das nicht eine Geste, die man als Schlesier zum Beispiel von Polen erwarten dürfte, als Ostpreuße von Russland und alle Vertriebenen zusammen von Russland und den Alliierten, die das Verbrechen der Vertreibung gemeinsam beschlossen?

Schweigen schließt die Wunden nicht, die bleiben lange offen. Auf Vergessen darf man nicht hoffen. Unrecht muss geheilt werden. Wer aufhört vom Unrecht zu sprechen, so lange es existiert, der macht sich schuldig. Wer ihn zum Schweigen bringen will, der begeht ein Verbrechen.

Ein Europa der Regionen schaffen

Erika Steinbach hat einmal gesagt: „Die Nachkriegszeit ist nicht vorbei, solange es noch Menschen gibt, die den Krieg und seine Folgen miterlebt haben. Davon gibt es noch Millionen, in allen Ländern. Sie alle tragen ihre Erinnerungen mit sich.“ Deren Seelen müssten befriedet werden.

Wie könnte das geschehen? In einem Dialog, den wir brauchen, um in einem neuen Aufbruch Europa zu gestalten. Gerade die Krise Europas eröffnet dazu eine Chance. Der Irrweg des EU-Kombinats wird immer deutlicher. Gibt es einen Ausweg? Einen Aufbruch?

Lassen Sie mich einen etwas provokanten, auf den ersten Blick ungewöhnlich wirkenden Gedanken skizzieren. Könnte der neue Aufbruch nicht in einem neuen Bündnis liegen, mit denen, die nach ihnen in ihrer Heimat gesiedelt haben?

Wir wissen, dass die Osteuropäer, die ehemaligen Vasallen Moskaus misstrauisch gegen die Zentrale sind, gegen den neuen Kreml in Brüssel oder Paris-Berlin. Sie besinnen sich stark auf ihre Nation, aber auch die Regionen sind ihnen wichtig. Dazu gehört, deren Wesen ohne die sowjetische Propaganda, ohne die stalinistischen und nationalistischen Verfälschungen zu entdecken. Wie war es, bevor die Kommunisten Geschichte zerstörten, indem sie die Erinnerung löschten und die Lüge zur Wahrheit erklärten?

Viele von Ihnen wissen, dass es im Osten eine junge Generation gibt, die nach den Wurzeln ihrer neuen Heimat

sucht, und dabei die Deutschen entdeckt, ihre Leistung mit Staunen wahrnimmt und bewundert. Mit denen muss man sich verbünden, um gemeinsam die Region wieder aufleben zu lassen, mitsamt ihrer Geschichte und ihren ureigenen Traditionen. Ansätze dazu gibt es, vor allem noch privater Natur, aber das wäre eine ernsthafte Aufgabe für den Bund der Vertriebenen, für die Landsmannschaften und für die Politik. Motto: Gemeinsam das Europa der Regionen schaffen. Wie gesagt: Darüber nachdenken. Auch im Bund der Vertriebenen. Was macht der überhaupt? Gibt es ihn noch? Lange nichts gehört.

Weiterarbeiten - gegen das Vergessen

Nun haben Sie 60 Jahre viel gearbeitet. Für Ihr Recht. Gegen das Vergessen. Für Frieden und Versöhnung. Die bekommt man am Ende nur mit Achtung des Rechts und dem Eingestehen des Unrechts – als dem Mindesten. Ans Ziel sind die Vertriebenen nicht gekommen. Noch nicht. Sie müssen weiterarbeiten. Gegen das Vergessen. Sie sind ja auch erst 60.

Es gibt viel zu tun. Machen Sie weiter, so gut Sie können. Indem Sie die alte Heimat nicht vergessen, lebt sie auch weiter.

Sie lebt weiter in den Familien, in ihrer Gemeinschaft. Denn wenn man mal darüber nachdenkt, dann sind ja die Landsmannschaften, die Verbände der Vertriebenen selber ein Stück Heimat. Sie wurden zur Heimat, weil sie die Nachbarschaft bewahrten und immer wieder herstellten. Wie der Marktplatz, wie der Dorfbrunnen, so waren und sind auch die Organisationen der Vertriebenen ein Treffpunkt, ein Platz für die Neuigkeiten, für die alten Geschichten, ein Platz auch für ein bisschen Klatsch und Tratsch, für dieses und jenes, was wir auch zum Leben brauchen – ganz wichtig: die Nachrichten von den Menschen, die Lebensdaten, Geburt und Tod, Ehrungen, Erinnerungen. Sie publizieren Dokumente, Fotografien, Landkarten und Zeichnungen, Sprüche, Gedichte, Erzählungen und Berichte. In ihren Zeitungen, in Büchern, Heimatstuben, mit Treffen, Reisen und Feierstunden bewahren Vertriebene ihre Heimat, halten sie lebendig. Schon diese Aufgabe, schon dieser Erfolg über Jahrzehnte ist genug

Rechtfertigung für die Organisation und Arbeit der
Vertriebenen.

Wenn Sie den Spruch von Agnes Miegel, von Schloß Burg,
sich noch einmal genauer anhören, dann ist der angesprochene
zwar zweifellos Gott, aber sie können darin auch ihre eigene
Gemeinschaft erkennen:

Du hast in Krieg und Schrecken
mich wunderbar bewahrt,

Gabst Kraft dem müden Herzen
auf später Wanderfahrt,

Gabst Zuflucht im vertrauten,
im herben Wind vom Meer,

Führtest zu deutschem Lande
mich gnädig wieder her,

Gabst Dach und Brot, gabst Treue
die niemals mich verlassen,

Lehrtest mich täglich neue
nichts als den Haß zu hassen!

Ja, ihre Gemeinschaft, diese ganz besondere Heimat: Die ist noch lange nicht zu Ende. Was sind denn 60 Jahre!?
Verabreden Sie sich zum 66. Sie wissen ja, was da erst anfängt.

Wie sagte Sören Kierkegaard, der dänische Philosoph und Theologe: „Das Leben kann nur in der Schau nach rückwärts verstanden, aber nur in der Schau nach vorwärts gelebt werden.“